

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. Behörden bestimmt Blatt

Bezugspreis mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.80 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10gspalt. Kolonelle 85 Bfg., bei Platzvorkauf 40 Bfg. Stellenangebote 10gsp. Kolonelle 25 Bfg. Familiennachrichten von Privaten die 10gsp. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklameseite 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10gsp. Kolonelle 40 Bfg. bei Platzvorkauf, 50 Bfg. Reklameseite 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Volkshilfen entgegen

Das „Dritte Reich“ in Braunschweig

Schwere Ausschreitungen beim Hitler-Rummel — Neue Blutaten der Nationalsozialisten: In Zittau ein Sozialdemokrat erschossen, ein zweiter schwer verletzt — Einigung im Kabinett über die neue Agrarzollvorlage

Unter dem Schutze des Nazi-Ministers

SPD Braunschweig, 23. Februar.

Der Hitler-Rummel in Braunschweig am Sonntag hat mit Egzeß geendet. Der Naziminister Franzen hatte vor dem Hotel, in dem Hitler abgestiegen war, die Polizei vertrieben und durch SA-Leute ersetzt. Er gab den SA-Führern die Weisung, daß sie allein für die Ordnung und für die Räumung der Straßen zu sorgen hätten. Infolgedessen kam es wiederholt zu Zusammenstößen, in denen Passanten mit Gummiknüppeln und anderen Hieb- und Stichwaffen zusammengeschlagen und verletzt wurden.

Auf das Ortsbüro des Reichsbanners wurde ein Angriff durch Nazibanditen verübt, der jedoch durch eine Schutzwache vereitelt wurde. Als später einige Reichsbannerkameraden in einem Trupp von 8 Mann nach Hause gingen, wurden sie von einer Nazihorde überfallen und blutig niedergeschlagen. Ein 34jähriger Reichsbannerkamerad erlitt schwere Verletzungen. Bei einer ganzen Reihe von Nazis wurden Schutzwaffen festgehalten. Ein Trupp drang in ein Café ein, fing eine Schlägerei an und schlug lärmendes Mobiliar in Trümmer. Auch Polizeibeamte wurden durch Messertische usw. verletzt.

Die Befestigung an der Nazifundgebung wird mit 3189 untermieteten Nazis und 481 Jugendlichen angegeben. Selbst aus Soltau und aus ganz Niederachsen wurden die SA-Leute zusammengetrommelt. Die Bevölkerung nahm an dem Nazi-Gau-parteitag wenig Anteil.

Ein neuer Franzen-Standal

SPD Braunschweig, 23. Februar.

Ein ungeheurer Vorfall, der die bekannte Affäre Franzen auf der Berliner Polizeiwache noch in den Schatten stellt, hat sich am Sonntag in Braunschweig anläßlich der Nazitagung zugetragen. Ein Oberwachmeister der Braunschweiger Schutzpolizei wurde auf der Straße von zwei verletzten Männern angegriffen, die die Namen von Hakenkreuzlern festzustellen wollten, die die beiden ohne Grund überfallen und blutig geschlagen hatten. Der Polizeibeamte kam, wie seine Pflicht war, dieser Aufforderung nach und begab sich vor das Börsenhotel, das Hauptquartier der Nazi, wo Adolf Hitler abgestiegen war. Hier wurde er von einem SA-Führer mit den Worten angehalten: „Die Polizei hat hier nichts zu sagen.“

Die SA griff dann ein und schlug auf das umstehende Publikum los. Der Wachmeister schützte die beiden Verletzten, die sich unter seinen Schutz gestellt hatten und zog dabei auch seinen Säbel, wurde aber gewaltsam daran gehindert, seine Waffe zu gebrauchen. Jetzt erschien Hitler selbst in der Hoteltür und erklärte grobhartig zu seinen SA-Leuten:

„Stellen Sie den Namen des Polizeibeamten fest, alles Weitere wird sich finden.“

Der Polizeibeamte ging darauf zur Schutzpolizeikaserne zurück. Dort erschien eine halbe Stunde später der Polizeiminister Franzen persönlich und unterlag dem Polizeiwachmeister die weitere Ausübung des Dienstes. Außerdem ordnete Franzen in seiner Eigenschaft als Polizeiminister an, daß der betreffende Beamte die Kaserne nicht verlassen dürfe. Diese Anordnung blieb bis Montag in Kraft.

Der Polizeiminister Franzen hat also einem Polizeibeamten, der nur gemäß seinen Dienstvorschriften handelte, die weitere Dienstausübung untersagt und hat damit die Ungeheuerlichkeiten der SA, gegen die der Polizeibeamte einschreiten mußte, gebilligt und die schuldigen SA-Leute der Bestrafung entzogen. Ein derartiges Verhalten dürfte in Deutschland wohl einzig dastehen. Wie lange soll dieser ungeheuerliche Skandal in Braunschweig noch andauern? Jetzt sind wir in der deutschen Republik schon so weit, daß auf Befehl Hitlers Sicherheitsbeamte, die ihre Pflicht tun, eingesperrt und vom Dienst suspendiert werden. Die SA-Banden bestimmen in Braunschweig, was die Polizei tun darf, und der Nazi-Polizeiminister mißbraucht seine Amtsgewalt, um seine Parteigenossen, die friedliche Bürger überfallen, vor der wohlverdienten Bestrafung zu retten. Wie lange geduldet der Reichsinnenminister in Berlin diesem Skandal noch ruhig zuzusehen?

Opfer der Nazi-Beistien

SPD Braunschweig, 24. Februar.

Die Liste der von den Hakenkreuzern in Braunschweig am sogenannten Hitlerstage begangenen Verbrechen war am Montagabend einigermaßen zu überschauen. Ein 72jähriger Arbeitsunvalide wurde von den Nazis mit brennenden Fackeln niedergeschlagen und schwer mißhandelt. Seine Verletzungen sind lebensgefährlich. Genau so war es bei einem Zimmergefallen, der beim Anzug einen Furch machte. Ihm wurde von einem Hakenkreuzler Salzsäure ins Gesicht geschüttet. Wahrscheinlich wird der Schwerverletzte erblinden. Dem jetzigen Attentäter wurde zum Schutze seiner Wohnung von Franzen eine Polizeiwache gestellt. In der Arbeiterstraße Riedelskult kam es zu einem regelrechten Gefecht zwischen provozierenden SA-Leuten und Anwohnern. Die Nazis schossen scharf, wurden aber zurückgeschlagen und schafften drei Schwerverletzte fort.

Unter riesiger Beteiligung der werktätigen Bevölkerung nahm Sölling am Montagabend den Appell über das Braunschweiger Reichsbanner ab. Anschließend sprach der Bundesführer in einer Riesenkundgebung, die wegen Ueberfüllung polizeilich abgesperrt war. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Nazis knallen Sozialdemokraten nieder

SPD Zittau, 24. Februar.

Bei einem Fackelzug, den die Nationalsozialistische Partei am Montagabend durch die Hauptstraßen der Stadt veranstaltete, kam es zu schweren Ausschreitungen. Als der Zug auf der Bauerner Straße anlangte, wurde er von Kommunisten angegriffen. Ein Nationalsozialist wurde hierbei schwer verletzt, zwei weitere Personen erlitten leichtere Verletzungen. In der Frauenstraße fielen mehrere Schüsse, durch die ein unbeteiligter Mann tödlich getroffen wurde. An dem herbeigerufenen Polizeiauto wurde durch einen Schuß eine Scheibe zertrümmert. Während der an den Demonstrationen sich anschließenden Kundgebung in dem Gasthaus „Drei Kronen“ kam es wiederum zu Zusammenstößen, bei denen ein Gendarm schwer und ein städtischer Schutzmann leicht verletzt wurden.

Eine weitere Meldung des Soz. Pressedienstes besagt:

Die blutigen Ausschreitungen in Zittau sind in erster Linie auf die kommunistische Aufforderung zurückzuführen, die Nazis von den Straßen zu vertreiben. Von der Sozialdemokratie war die Parole ausgegeben worden, die Straßen zu meiden. Als der Fackelzug der Nazis die Geschäftsstelle der sozialdemokratischen Volkszeitung passierte, stürzte sich nach einigen Zurufen aus der Menge eine Anzahl Nazis auf die Zuschauer und schlug mit Fackeln auf die unbeteiligten Passanten ein. In diesem Augenblick fielen einige Schüsse, durch die das Mitglied des sozialdemokratischen Abwehrzweigs

Emil Kaulbach, der zum Schutze der Volkszeitungsstelle bestellt war, getötet wurde.

Kaulbach stand als gänzlich Unbeteiligter vor dem Parteigeschäft. Ein weiterer Schuß traf einen Jugendgenossen in den Rücken und verletzte ihn schwer.

Nach den Berichten der Augenzeugen sind die Schüsse von den Nazis abgegeben worden.

Ein neuer Justizskandal

Verurteilte Bombenleger freigelassen

SPD Neumünster, 21. Februar.

Großes Aufsehen erregt hier die Freilassung der aus dem großen Bombenlegerprozeß bekannten Riedels und Hennings. Riedels ist seinerzeit zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis, Hennings zu fünf Jahren drei Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Beide freigelassene äußerten, daß sie nicht wüßten, weshalb ihre Freilassung erfolgt ist. Von der Gerichtsstelle Altona wurde auf Anfrage mitgeteilt, daß die Freilassung erfolgt sei, weil für beide Verurteilte eine Sicherheitssumme hinterlegt wurde.

Ein Waffenlager der Stahlhelmer

SPD Köln, 21. Februar.

In St. Goar wurden bei einem Stahlhelmann, namens Gustav Mubersbach, der außerhalb des Ortes eine Tankstelle unterhält, 10 Gewehre und Karabiner und etwa 1000 Schußmunition beschlagnahmt. Als die Gewehre gefunden wurden, bestritt Mubersbach seine Zugehörigkeit zum Stahlhelm. Eine Hausdurchsuchung förderte jedoch eine Stahlhelmmuniform nebst Stahlhelmschiffen zutage.

Von Versailles nach Versailles

Zum sechzigsten Jahrestag des Versailler Friedens

Von Hermann Wendel.

Die geschichtliche Logik ist noch genauer in ihren Revisionen als unsere Oberrechnungskammer.

Als Paris, seit Monaten von den deutschen Heeren eingeschlossen, nur mehr für vierzehn Tage Pferdefleisch, für acht Tage Brot hatte und also unmittelbar vor einer entsetzlichen Hungerkatastrophe stand, mußte es am 28. Januar 1871 kapitulieren. Die Deutschen besetzten die Forts, ohne in die Stadt einzurücken, die Besatzung lieferte, bis auf eine als Ordnungsschutz dienende Division, ihre Waffen ab, ohne in Kriegsgefangenschaft zu geraten, und ein einundzwanzigtägiger Waffenstillstand gab Gelegenheit zu Wahlen für die Nationalversammlung, die nur eine Aufgabe hatte: über den Frieden zu befinden.

Die Wahlen vom 8. Februar gingen denn fast ausschließlich unter der Losung: Für oder gegen Fortsetzung des Krieges? vor sich. Die Städte, Paris an der Spitze, entsandten Republikaner ins Parlament, die meist, in Erinnerung an den revolutionären Volkskrieg von 1792, nach der Formel Gambettas für „Widerstand bis zur vollen Erschöpfung“ schwärmten, obwohl in der Tat Frankreich bereits gründlich erschöpft war: genaue Prüfung stellte fest, daß von 888 000 Mann, die unter den Fahnen standen, höchstens 220 000 zu ersten Kampfhandlungen im Felde zu verwenden waren. Das flache Land entschied sich darum überwiegend für die Kandidaten, die ihm das Ende des Mordens verhießen, unbeschadet dessen, daß es sich vielfach um Legitimisten, Orleansiten und sonstige Anhänger verfallener Regimes handelte. Die Nationalversammlung, die am 13. Februar in Bordeaux zusammentrat und Thiers zum Chef der Exekutivgewalt wählte, war in ihrer Mehrheit von vornherein entschlossen, den Frieden, sei er auch noch so hart, zu schließen.

Nach Sedan war es aller Welt klar, daß die deutsche Politik die Gelegenheit, mit der französischen Republik zu einem guten Ende des Krieges zu kommen und sich durch glimpfliche Bedingungen Vertrauen und Freundschaft des Nachbarvolkes zu sichern, in den Wind schlug. Seit der Gefangennahme Napoleons III. ging der Krieg um die Eroberung der westlichen Provinzen Frankreichs, die Bismarck, allen sentimentalischen Erwägungen abhold, nicht etwa als „wiederzugewinnendes deutsches Land“ erstrebte, sondern als „militärische Sicherung“ brauchte. Und bescheiden war er nicht. Als Thiers und der Minister des Äußern Favre am 23. Februar ins deutsche Hauptquartier Versailles kamen, erfuhren sie erblichend die Bedingungen der Sieger: Abtretung der Departements Ober- und Niederrhein und Mosel mit Straßburg und Metz, eines Stückes der Meurthe mit Nancy sowie der indischen Kolonie Pondichörn, außerdem Auslieferung eines Teils der Flotte und Zahlung einer Kriegsschuldigung von zehn Milliarden Goldfrank. Sofort begann jähres Markten und Feilschen, aber Bismarck hatte die Trümmer in der Hand. Wie er schon mit Erfolg zugunsten der Kreaturen Bonapartes, nämlich der Minister, Staatsräte, Senatoren und Regierungsabgeordneten des Kaiserreichs aufgetreten war, denen ein Dekret der Republik die Wählbarkeit zur Nationalversammlung absperrte, so drohte er jetzt mit einer Freilassung Napoleons; der brauche, meinte er in arger Verkennung der Sachlage, nur mit 100 000 ebenfalls freigelassenen und bewaffneten Kriegsgefangenen die Grenze zu überschreiten, und „Frankreich wäre wieder sein“. Zudem spielte er des öfteren gegen Einwände von Thiers das Argument aus, nicht der Sieger, sondern der Besiegte habe nachzugeben.

Ermöglichte Bismarck gleichwohl die Geldforderung bald auf siebeneinhalb Milliarden und gab er die Ansprüche auf Nancy, Belfort, die indische Kolonie und die Schiffe preis, so fühlte er sich auch bei dem Gedanken an die Erwerbung von Metz nicht recht behaglich. Der Verzicht auf diese Festungsstadt lag ihm nahe, wenn er dafür eine Milliarde mehr erhielt, um damit bei Falkenberg oder Saarbrücken starke Befestigungen zu bauen: „Ich mag gar nicht so viele Franzosen in unserem Haus, die nicht drin sein wollen.“ Aber nicht nur überstimmen den Zivilisten die militärischen „Sachverständigen“, sondern er selber fand sich rasch mit der Annexión von Metz ab, „weil man andernfalls große Striche von Lothringen, deren Gewinnung man ins Auge gefaßt hat, auch aufgeben müßte“, und, ein Vorkäufer der alldeutschen Landverehrler, die sich zwischen 1914 und 1918 nach Brien